Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Fernsprecher Nr. 4.

Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchhandlung (Inhaber D. Ebner). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Ebner in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.

Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.

Für tel. Aufträ. wird keine Gewähr übernommen.

№ 243. | Donnerstag den 17. Oktober 1929. | 87. Jahrgang.

Deutschland.

Süddeutsche Arbeitskräfte im Elsaß.

Stuttgart, 15. Okt. Die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Hölscher und Dr. Bilder betr. Vermittlung deutscher Arbeitskräfte nach Frankreich hat das Wirtschaftsministerium wie folgt beantwortet: Vor dem Krieg waren in Elsaß-Lothringen ständig über 5000 Arbeiter aus Württemberg und Baden beschäftigt. Nach Kriegsende dagegen war trotz des in Frankreich herrschenden empfindlichen Arbeitermangels bis in das Jahr 1928 hinein der elsaß-lothringische Arbeitsmarkt für deutsche Arbeitskräfte nahezu verschlossen. Die Arbeitslosigkeit in Südwestdeutschland erfuhr dadurch eine wesentliche Verschärfung. Die erfolgreiche Fühlungnahme des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland mit dem Office regional de placement (Landesarbeitsamt) in Straßburg wegen der Wiederzulassung von deutschen Arbeitskräften nach Elsaß-Lothringen, die bis jetzt zu einer zwischenstaatlichen Vermittlung von etwa 1000 Arbeitern geführt hat, war daher im Interesse der Entlastung des südwestdeutschen Arbeitsmarktes nur zu begrüßen. Die Vermittlung der deutschen Arbeitnehmer, die vorwiegend den Berufsgruppen des Baugewerbes, zum geringeren Teil der Metallindustrie entstammen, erfolgt durch das Arbeitsamt Kehl. Durch die von Zeit zu Zeit an den Arbeitsstellen gemeinsam von Beamten des Arbeitsamts Kehl und des Landesarbeitsamts Straßburg vorgenommenen Besichtigungen wird das Einhalten der vertraglichen Verpflichtungen durch die Arbeitgeber und die ständige Fühlungnahme mit den deutschen Arbeitskräften gewährleistet. Trotz der vertraglichen Bindungen besteht für die Deutschen in Elsaß-Lothringen tatsächlich Freizügigkeit; sie können die Arbeit jederzeit ungehindert aufgeben, sich in Elsaß-Lothringen andere Arbeit suchen oder in die Heimat zurückkehren. Die vermittelten Arbeitskräfte werden nicht bei Aufräumungsarbeiten, sondern vorwiegend als Bauarbeiter bei Hoch- und Tiefbauten, zu einem kleineren Teil als Arbeiter in Fabrikbetrieben beschäftigt. Es kann damit gerechnet werden, daß insbesondere im Baugewerbe auch den Winter über eine erhebliche Anzahl von deutschen Saisonarbeitern in Elsaß-Lothringen unter günstigen Bedingungen Beschäftigung findet. Dies ist bei der Lage des Arbeitsmarktes in Südwestdeutschland, insbesondere bei der verhältnismäßig früh eingetretenen Verschlechterung auf dem Baumarkt, sehr bedeutsam. Nach Mitteilung des Herrn Präsidenten des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland haben die Erhebungen wegen einer etwaigen Verschleppung der in Elsaß-Lothringen untergebrachten deutschen Arbeitnehmer in die Fremdenlegion nicht den geringsten Anhaltspunkt für eine derartige Befürchtung ergeben. Auch über eine Werbetätigkeit für die Fremdenlegion unter den deutschen Arbeitskräften ist nichts bekannt geworden. Das Wirtschaftsministerium glaubt daher, zunächst von Schritten in dieser Angelegenheit absehen zu können.

Wird die Abstimmung der Beamten für das Volksbegehren von der Regierung überwacht?

Stuttgart, 16. Okt. In der württembergischen Presse ist ein angegebenermaßen von Berlin aus geschriebener Artikel erschienen, der u. a. das Ansinnen an die Regierungen des Reiches und der Länder enthält, „ihre untergeordneten Behörden anzuweisen, ganz sorgfältig festzustellen, wer sich für das Volksbegehren einträgt, dabei werde besonders darauf zu achten sein, ob und welche Beamte das Volksbegehren mit ihrer Namenseintragung unterstützen". Der Landesausschuß Württemberg für das deutsche Volksbegehren ist demgegenüber überzeugt, daß die württembergische Regierung nicht daran denkt, sich zu einem derartigen Mißbrauch herzugeben.

Volksbegehren-Landesversammlung.

Stuttgart, 16. Okt. Vergangenen Sonntag traten die Vertreter der dem deutschen Volksbegehren angeschlossenen Parteien und Verbände im großen Saal des Deutschen Auslands-Instituts in Stuttgart zu einer Landesversammlung unter Anwesenheit des Präsidenten v. Haag zusammen, der Vorsitzender des Landesausschusses Württemberg für das deutsche Volksbegehren ist. Die Erschienenen wurden von Rechtsrat Hirzel-Stuttgart, dem Vorsitzenden des Arbeitsausschusses, begrüßt. Hierauf hielt das geschäftsführende Landesausschußmitglied, Hauptmann a. D. Wiest, einen Vortrag über das Volksbegehren und seine Durchführung. An den Vortrag schloß sich eine längere Aussprache an. Führende Persönlichkeiten der zur Durchführung des Volksbegehrens zusammengeschlossenen Parteien und Verbände hielten anschließend kurze Ansprachen, in denen sie die Gründe darlegten, die ihre Organisation zur Mitarbeit bewogen hat. Den Abschluß der Tagung bildete ein längerer Vortrag von Rechtsanwalt Dr. Schott-Stuttgart: „Unter Kampf". Der Redner führte den Zuhörern vor Augen, welche neuen Gefahren und Belastungen der Youngplan dem deutschen Volke bringen würde.

Das Finanzministerium dementiert.

Berlin, 15. Okt. Das Reichsfinanzministerium hält gegenüber den wiederholten Behauptungen des „Deutschen", ein englisches Bankenkonsortium habe ein günstigeres Anleihe-Angebot als der Schwedentrust offeriert, sein Dementi vom Samstag aufrecht, worin es erklären ließ, daß ihm von einem solchen Angebot nicht das geringste bekannt sei. Der Vizepräsident der Reichsbank, der zurzeit den in Baden-Baden weilenden Dr. Schacht vertritt, hat dem „Deutschen" eine Berichtigung zugehen lassen, in der die auf die Person des Reichsbankpräsidenten sich beziehenden Angaben des „Deutschen" ebenfalls als unrichtig bezeichnet werden.

Berlin, 15. Okt. Das Direktorium der Reichsbank gibt zu dem in der Zeitung „Der Deutsche" (Nr. 242) veröffentlichten Aufsatz: „Bitte dementieren" eine vom Reichsbankvizepräsidenten Dreyse unterzeichnete Richtigstellung, in der es heißt: Der in der Zeitung „Der Deutsche" Nummer 242 vom 15. d. M. veröffentlichte Artikel beruht mindestens, soweit die Beratungsstelle der Reichsbank und der Reichsbankpräsident genannt sind, auf freier Erfindung oder größten Entstellungen. Niemals hat die Beratungsstelle oder die Reichsbank oder der Reichsbankpräsident auch nur das geringste getan zur Begünstigung von Monopolbildungen für irgendwelche Anleihen. Niemals hat der Reichsbankpräsident, der sich durchaus als Bankier des Reiches fühlt, und sich der Verantwortung dieser Stellung in vollem Umfang bewußt ist, die Möglichkeit gehabt, durch Vermittlung von ausländischen Notenbankpräsidenten oder sonst in einer der Würde des Reiches nicht entsprechenden Weise, diesem Auslandsanleihen zu vermitteln. Für die Kennzeichnung des Versuches, eine dem Reichsbankpräsidenten angedichtete Weigerung bei erreichbaren und vertretbaren Auslandsanleihen als Vermittler zu dienen und mit Rücksichten auf ein angebliches Monopolkonsortium in Verbindung zu bringen, fehlt ein parlamentarischer Ausdruck.

Volkspartei zum Volksbegehren.

Berlin, 15. Okt. Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Dr. Ludwig Kaas, und der erste Vorsitzende der Landesvorständschaft der Bayerischen Volkspartei, Fritz Schäffer, veröffentlichen folgende gemeinsame Erklärung: Die Deutsche Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei erblicken in dem am 28. September eingebrachten Volksbegehren gegen den Youngplan keinen geeigneten Weg, das deutsche Volk von dem Unrecht der Kriegsschuldlüge und von den Ketten des Versailler Diktats zu befreien. Sie sehen in dem Volksbegehren, vor allem in seiner verhetzend zugespitzten Formulierung, einen verhängnisvollen Schritt zur weiteren Zerreißung des deutschen Volkes im Innern und eine verurteilenswerte Ausnützung des deutschen Freiheitswillens für die Zwecke einseitiger Parteiagitation. Der in dem Volksbegehren gewählte Weg ist nach der gemeinsamen Ueberzeugung beider Parteien nur geeignet, die im harten und mühseligen Ringen erkämpften Ansätze zu einem Aufstieg Deutschlands zu hemmen und eine rückläufige Entwicklung hervorzurufen, für deren Gefahren kein besonnener Staatsmann die Verantwortung übernehmen kann. Beide Parteien lehnen daher jede Unterstützung des Volksbegehrens mit Entschiedenheit ab und fordern ihre Anhänger auf, ihm mit allen Kräften entgegenzuwirken. Zu gleicher Zeit erklären sie dem deutschen Volk und dem Ausland, daß sie nach wie vor entschlossen sind, den geistigen und politischen Kampf gegen die Kriegsschuldlüge und für den friedlichen Aufstieg Deutschlands zu nationaler Freiheit und internationaler Gleichberechtigung unentwegt weiterzuführen.

Ausland.

Gegensatz Painlevé-Maginot.

Paris, 16. Okt. Im gestrigen Ministerrat kam es zu einem sehr erregten Zusammenstoß zwischen dem Kriegsminister Painlevé und dem Kolonialminister Maginot. Painlevé beschuldigte seinen Kollegen, die öffentliche Meinung zu beunruhigen und die im Haag getroffenen Vereinbarungen über die Gesamträumung zu sabotieren. Painlevé wies darauf hin, daß die Modalitäten für die Gesamträumung des Rheinlandes von den maßgebenden französischen Militärs ausgearbeitet wurden. Eine Bedrohung der Sicherheit Frankreichs sei nicht vorhanden. Maginot entgegnete, daß der Kriegsminister bereits vor der Haager Konferenz die Gesamträumung des besetzten Gebietes als ein bevorstehendes Ereignis angekündigt und sich damit über die Stellungnahme des Generalstabes hinweggesetzt habe. Der Innenminister Tardieu bemühte sich, den Wortwechsel zwischen Painlevé und Maginot beizulegen. Ein Morgenblatt weiß noch zu berichten, daß Briand in den Streit Maginot—Painlevé nicht direkt eingriff, jedoch die Erklärung abgab, daß die Ratifizierung der Haager Beschlüsse nicht verzögert werden dürfe. Kriegsminister Painlevé trat gestern abend in einer Rede, die er in der Gesellschaft für körperliche Erziehung und militärische Ertüchtigung hielt, den durch die Rechtspresse ausgestreuten Alarmgerüchten über eine „neue deutsche Gefahr" entgegen. Als eine Ausgeburt kühnster Phantasie bezeichnete Painlevé die in nationalistischen Blättern enthaltenen Schilderungen über einen plötzlichen Angriff auf die französischen Ostgrenzen. „Mit 100 000 Mann früheren Soldaten unser Land zu überfallen, so sagte Painlevé, wäre heller Un- und Wahnsinn, denn unsere militärischen Rüstungen reichen vollkommen aus, um die Angreifer niederzumähen." Painlevé zitierte dann Aeußerungen des verstorbenen Marschalls Foch, aus denen hervorgeht, daß auch Foch die Gefahr eines deutschen Ueberfalls nicht als gegeben betrachtet.

Briands starke Links-Mehrheit.

Paris, 16. Okt. Briand erklärte im heutigen Ministerrat, daß er die Durchführung des Youngplanes so rasch wie möglich sichern wolle, um noch im Laufe des Monats November die Ratifizierungskonferenz im Haag stattfinden zu lassen. Die Widerstände auf dem rechten Flügel würden ihn nicht hindern, da eine starke linksgerichtete Mehrheit bereit wäre, die Haager Vereinbarungen so anzunehmen, wie sie getroffen worden. Die Abmachungen über die Räumung seien klar. Die Räumung der dritten Zone werde bis Ende Juli 1930 abgeschlossen sein. An der praktischen Durchführung des Youngplanes bis zu diesem Zeitpunkt sei nicht zu zweifeln. Irgendwelche Bedingungen, die sich auf die Kommerzialisierung der deutschen Jahresleistungen beziehen, seien mit der Gesamträumung nicht verknüpft worden. Aus diesen Erklärungen Briands ergibt sich, daß das Geschrei der Nationalisten zwecklos ist, und daß an den getroffenen Abmachungen nichts geändert wird. Briand kennt seine Mehrheit und es ist bekannt, daß ihm die Linksparteien volle Unterstützung leihen würden, falls auf der Rechten die Neigung erwachen sollte, dem Ministerpräsidenten effektiv Schwierigkeiten zu machen.

Aus Stadt und Bezirk.

— Durch Entschließung des Herrn Kirchenpräsidenten ist Pfarrer Luz in Gräfenhausen seinem Ansuchen gemäß in den Ruhestand versetzt worden.

Neuenbürg, 17. Okt. (Beleuchtung von Stiegenhäusern.) Zu Beginn der Winterzeit wird wieder darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches und die laufenden Entscheidungen der Rechtsprechung jeden Hausbesitzer verpflichten, Hausflur und Treppenaufgänge während der Dunkelheit so lange zu beleuchten, als ein regelmäßiger Verkehr stattfindet. Im Falle der Unterlassung einer genügenden Beleuchtung ist der Hausbesitzer für den allenfalls entstehenden Schaden haftbar.

(Wetterbericht.) Unter dem Einfluß des über Mitteleuropa liegenden Hochdrucks ist für Freitag und Samstag nach kalten Morgennebeln vielfach heiteres und warmes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 16. Okt. (Gemeinderatssitzung am 15. Oktober.) Die im „Birkenfelder Tagblatt" zur Vergebung ausgeschriebenen Arbeiten für die Kanalisation und Wasserleitungsverlängerung in der Gartenstraße wurden in der heutigen Sitzung vergeben und zwar die Grab-, Beton- und Maurerarbeit an Wilhelm Gohl sen. hier, die Steinzeuglieferung an die Firma Richard Weiß hier und das Legen der Wasserleitung an Friedrich Glauner hier. Für die Verlängerung der Ortswasserleitung im Mühlweg bis zum Neubau Hirsch wurde die Grab-, Beton- und Maurerarbeit an Gebr. Denzinger und Eugen Oelschläger hier und das Legen der Wasserleitung an Chr. Förschler und Eugen Fuchslocher hier vergeben. — Ueber die durchzuführende Dienstregelung für die Polizeiwachtmeister wurde vom Gemeinderat erneut beraten und entsprechender Beschluß gefaßt. — Nachdem auf ergangenes Ausschreiben in der „Südd. Schäfereizeitung" für die Verpachtung der heurigen Winterschafweide Angebote nicht eingegangen sind, wird von weiteren Schritten zur Verpachtung abgesehen. — Für die Feldbereinigung II werden Gemeinderat Kübler als Vertrauensmann und Gemeinderat Dangelmaier als Stellvertreter, für die Feldbereinigung III Gemeinderat Dangelmaier als Vertrauensmann und Gemeinderat Kübler als Stellvertreter gewählt. — Die im Rathaus derzeit leerstehende Wohnung wird an die Taglöhners-Eheleute Friedrich Stumpp hier vermietet. — Einige kleinere Verwaltungssachen bildeten den Schluß der Sitzung.

Birkenfeld, 15. Okt. Samstag abend hielt der Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts" seine jährliche Generalversammlung im Lokal zum „Rößle", welche gut besucht war. Nach einleitenden Worten des Vorstandes und Vortrag eines Liedes erstattete Vorstand Roth den Geschäftsbericht; er führte den Mitgliedern die Tätigkeit des Vereins vom vergangenen Jahr noch einmal vor Augen, welche eine sehr rege war, habe doch der Verein an Mitgliedern heute aktive Sänger 57, passive Mitglieder 73, dies sei ein guter Fortschritt, zumal der Verein noch sehr jung sei und auch in politischer Hinsicht schon Stürme über sich ergehen lassen mußte; er richtete einen Appell an die Anwesenden, treu zur Sache zu halten und neue Mitglieder zu werben, damit der Verein auch in Birkenfeld an den Platz komme, wohin er gehört, besonders in einer so großen Arbeitergemeinde müsse dies ein leichtes sein. Dem Verein wünsche er fernerhin Wachsen, Blühen und Gedeihen und daß immer noch mehr Arbeiter einsehen lernen, wohin sie gehören. Kassier Fix erstattete den Kassenbericht, welcher allgemein befriedigte; Revisor Wilh. Gohl berichtete, daß Buch und Kasse in tadelloser Ordnung seien; dem Kassier wurde Entlastung erteilt. Bei den Wahlen wurde zum Vorstand Karl Roth, zum Kassier Wilh. Fix einstimmig wiedergewählt, als Schriftführer Wilhelm Gohl, zu Beisitzern Gottlob Kraut, Fritz Kälberer, Gottlob Oelschläger, Wilh. Maier, Karl Ochner und Eugen Wessinger, zum Unterkassier Emil Pfrommer, der Sängervorstand soll in der nächsten Singstunde bestimmt werden. Weiter wurde beschlossen, auch in diesem Jahr wieder eine Abendunterhaltung abzuhalten und zwar im Gasthaus zum „Löwen" mit Theaterstücken. Als Vereinslokal wurde das seitherige belassen. Ein Antrag, daß unentschuldigtes Fehlen in der Singstunde bestraft werden soll, wurde angenommen und zum Strafkassier Stephan Wanner bestimmt. Nach Erledigung kleiner Angelegenheiten konnte der Vorstand die schön verlaufene Versammlung mit Dank an die Anwesenden und einem Appell Vorwärts im kommenden Jahr schließen.

Württemberg.

Heilbronn, 16. Okt. (Der Schiedsspruch in der Industrie von den Arbeitgebern abgelehnt.) Vom hiesigen Büro des Zentralverbands der Angestellten wird mitgeteilt, daß der Schiedsspruch, der eine dreiprozentige Gehaltserhöhung für die Industrieangestellten vorsieht, von den Arbeitgebern abgelehnt wurde.

Möckmühl, 18. Okt. (Milchpanscher schlimmster Sorte.) Schon seit einiger Zeit wurde hier beobachtet, daß die von der Sammelstelle Dippach an die hiesige Sammelstelle der Mannheimer Bezugsgenossenschaft abgelieferte Milch stark gewässert war. Unvermutet wurden nun Stallproben vorgenommen. Schließlich lenkte sich der Verdacht auf die Lydia Gottert, Tochter des Stabhalters Gottert in Dippach. Dorthin lieferten die Landwirte ihre Milch. Bevor sie nun die Milch nach Möckmühl ablieferte, taufte sie diese gewaltig. Anfänglich

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

leugnete sie hartnäckig, bis man ihr nachweisen konnte, daß sie bedeutend mehr Milch hieher ablieferte, als sie in Dippach gesammelt hatte. Durchschnittlich setzte sie stark ein Drittel Wasser zu, ja einmal setzte sie gar einer Menge von 125 Liter Milch 77 Liter Wasser zu. Sie wollte offenbar, da sie verlobt ist, sich auf diese schändliche Art ihre Aussteuer verdienen. Hoffentlich gibt man ihr jetzt reichlich Gelegenheit, über den Segen, der auf einer so erworbenen Aussteuer ruhen muß, nachzudenken. — Auch auf einer anderen Milchsammelstelle konnten Unregelmäßigkeiten aufgedeckt werden. Dort entwendete ein Angestellter der dortigen Genossenschaft Milch. Wahrscheinlich hat er den Ersatz für das fehlende Quantum an der Wasserleitung gekauft. Der Angestellte wurde sofort entlassen.

Tübingen, 16. Okt. (Ein Betrugs- und Bankerottprozeß.) Wegen Betrugs, Bankerotts und Gläubigerbegünstigung hatten sich am Montag vor dem großen Schöffengericht die 61 Jahre alte Emma Mezger von Reutlingen, frühere Strickwarenfabrikantin von Tischardt, OA. Nürtingen, der 55 Jahre alte Kaufmann Ernst Weiß von Winnenden, wohnhaft in Stuttgart, der verheiratete 39 Jahre alte Kaufmann Eugen Schmid von Hemmingen, wohnhaft in Stuttgart, und der verheiratete 40 Jahre alte Kaufmann Georg Dangel von Erkenbrechtsweiler, wohnhaft in Nürtingen, zu verantworten. Das Urteil lautete gegen die Mezger auf 6 Monate Gefängnis, gegen Weiß auf 3 Monate und 2 Wochen Gefängnis, gegen Schmid auf 50 RM. und gegen Dangel auf 100 RM. Geldstrafe.

Reutlingen, 14. Okt. (Vorstandssitzung der Handwerkskammer.) Letzten Mittwoch fand eine Sitzung des Vorstands der Handwerkskammer auf dem Rathaus in Reutlingen statt. Syndikus Eberhardt erstattete einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Kammer seit der letzten Vorstandssitzung. Die Handwerksverzeichnisse, die auf Grund der Handwerksnovelle anzulegen waren, kamen an die Gemeinden zum Versand, so daß in Bälde daran gegangen werden könne, die Handwerksrolle anzulegen. Der Vorstand hielt an der Auffassung fest, daß die Handwerksrolle im Interesse der Geschäftsvereinfachung und der Kostenersparnis auf die im Gesetz vorgeschriebenen Gesichtspunkte sich zu beschränken habe. Die Beitragseinheit ermäßigt sich von 5 RM. im Vorjahr auf 4,88 RM. Zu den Herbstgesellenprüfungen wurden 1149 Lehrlinge aufgefordert. Zu den Meisterprüfungen haben sich ca. 380 junge Handwerker angemeldet. Vorbereitungskurse zur Meisterprüfung konnten bis jetzt in 29 Bezirken veranstaltet werden. Zu erwähnen ist noch die inzwischen genehmigte Abänderung der Meisterprüfungsordnung, nach der in der Regel eine fünfjährige Gesellenzeit verlangt wird und der Prüfling das 23. Lebensjahr vollendet haben muß. Der Meisterprüfung darf sich der Prüfling nicht mehr als dreimal unterziehen. Das Vergebungswesen gab Anlaß zu einem lebhaften Verkehr mit den vergebenden Stellen. Hinsichtlich der Wohnungsbauförderung ist zu bemerken, daß nach einer Mitteilung der Wohnungskreditanstalt von einer Herabsetzung des Baudarlehenszinses keine Rede sein könne. Dem Antrag des Schmiedmeisterverbandes auf Verstaatlichung der Lehrschmieden stimmte der Vorstand zu. Notwendig ist auch, daß den aufgestellten Lehrlingshöchstzahlbestimmungen im Handwerk unbedingt Beachtung geschenkt wird. Hinsichtlich der beim Landesgewerbeamt bestehenden Organisation in der Frage der Förderung der wirtschaftlichen Betriebsführung des Handwerks werden noch Wünsche geltend gemacht, die dahin zielen, daß die Tätigkeit weniger in wissenschaftlichen Untersuchungen der Betriebe, vielmehr in einer persönlichen Beratung der Einzelbetriebe nach einfachen und praktischen Gesichtspunkten bestehen soll. Weiter wurde der Standpunkt des Reichsverbands des deutschen Handwerks geteilt, daß an eine Sanierung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung dringend herangegangen werden müsse, damit die Reichsanstalt nicht genötigt sei, Geld vom Reich zu borgen, zumal nirgends ersichtlich ist, wie das Reich solchen Forderungen bei der bekannten finanziellen Lage gerecht werden soll.

Deilingen, OA. Spaichingen, 14. Okt. (Zur Warnung.) Als am letzten Sonntag ein zehnjähriger Knabe von hier nach Schörzingen gehen wollte, um seine Mutter abzuholen, wurde er von den Insassen eines roten Autos aufgefordert, mitzufahren. Trotz allerlei Versprechungen weigerte sich der Knabe, mitzufahren. Weiteres wurde durch hinzukommende Passanten verhindert, worauf die Insassen des Autos schleunigst davon fuhren. Der Vorfall ereignete sich am Sonntag nachmittag ½5 Uhr im Eckerwald unweit der Biegung der neuen Straße nach Weilen.

Meckenbeuren, OA. Tettnang, 15. Okt. (Ein Feuerlöschapparat explodiert.) Bei der Vorführung eines Feuerlöschapparats am Sonntag ereignete sich ein folgenschweres Unglück. Nach Vornahme der Löschprobe, bei der der Apparat gut wirkte, wollte der Vorführende noch einige Erklärungen geben, stellte den Apparat auf den Boden und hielt die Spritzdüse offen. Plötzlich explodierte der Apparat, flog in die Luft und fiel in hohem Bogen wieder herab. Dem Vorführenden wurde hierbei die rechte Gesichtshälfte aufgerissen. Der Verunglückte wurde nach Ravensburg verbracht. Ob das Auge erhalten werden kann, ist fraglich.

Erbach, OA. Ehingen, 16. Okt. (Der Stand des Erbacher Falles.) Die Lage der Gemeinde gestaltet sich immer ungünstiger; sie ist jetzt durch das Oberlandesgericht Karlsruhe verurteilt worden, Wechselforderungen im Betrag von 80 000 Mk. als für sie verbindlich anzuerkennen, da Schultheiß Dehner diese Wechsel zwar zunächst auf die Mühlegenossenschaft und die Erbacher Bank, aber immer zugleich auch auf die Gemeinde ausgestellt hatte. Wenn nun die Schweizer Banken, die unbestrittene Forderungen in Höhe von etwa 300 000 Mark gegen die Gemeinde haben, nicht einen ganz erheblichen Teil nachlassen, so sieht sich die Gemeinde wieder vor die Frage der Konkurserklärung gestellt.

Handel und Verkehr.

Weinpreise. In Ellhofen, OA. Heilbronn, ist die Lese in vollem Gange. Gestern wurden die ersten Verkäufe zu 190 195 und 200 Mark abgeschlossen. — Cleebronn, OA. Brackenheim, verzeichnet mehrere Käufe zu 215 Mark pro Eimer.

Weinversteigerungen. In den nächsten Tagen finden folgende Weinversteigerungen statt: Freitag, 18. Okt. vorm. 10 Uhr Weingärtnerverein Haberschlacht, OA. Brackenheim, ca. 500—600 Hl.; Montag, 21. Okt. nachm. 2½ Uhr Weingärtnergesellschaft Mundelsheim, OA. Marbach, im Saal z. „Ochsen" ca. 300 Hl. Trollinger, Käsberger und sonstige Berglagen, 350 Hl. rot gemischt; Montag, 21. Okt. 2 Uhr, Weingärtnergesellschaft Willsbach, OA. Heilbronn, im Rathaussaal; Dienstag, 22. Okt. 10 Uhr Weingärtnergesellschaft Uhlbach, OA. Eßlingen, im Kelterneigebäude, ca. 150 Hl. 1929er Wein, ca. 300 Hl. 1928er Wein; Dienstag, 22. Okt. 1 Uhr, Weingärtnergesellschaft und Winzergenossenschaft Weinsberg in der Hildbhalle ca. 3000 Hl. Rot- und Weißweine; Dienstag, 22. Okt. nachm. 2 Uhr, Weingärtnergesellschaft Fellbach, OA. Waiblingen, in der Gesellschaftskelter.

Stuttgart, 15. Okt. (Häuteauktion.) An der heutigen Häute- und Felleauktion wurden folgende Preise erzielt: Kuhhäute 30—49 Pfund 70½—74 ₰, 50—59 Pfund 83¼—85 Pfennig, 60—100 und mehr Pfund 83 ₰; Ochsenhäute bis 29 Pfund 79¾ ₰, 30—49 Pfund 71 ₰, 50—59 Pfund 80½—81 ₰, 60—79 Pfund, 79—83 ₰, 80—99 Pfund 75½—77 ₰, 100 und mehr Pfund 75¾ ₰; Rinderhäute bis 29 Pfund 93 ₰, 30 bis 49 Pfund 85—87 ₰, 50—59 Pfund 88—91 ₰, 60—79 Pfund 87—92 ₰, 80 und mehr Pfund 82¾ ₰; Bullenhäute bis 29 Pfund 80½ ₰, 30—49 Pfund 75—76½ ₰, 50—59 Pfund 72½ bis 74 ₰, 60—79 Pfund 63—67 ₰, 80—99 Pfund 55—58 ₰, 100 und mehr Pfund 49—52 ₰; Kalbfelle bis 9 Pfund 144 bis 150 ₰, 15,1—20,1 und mehr Pfund 113 ₰; Schußkalbfelle 87½ ₰; Fresserfelle bis 20 und mehr Pfund 84 ₰; Schußfresser 45 ₰; Schaffelle vollwollig 65 ₰; halbwollig 66—70 ₰; Blößen 62 ₰, Lammfelle 50 ₰; Schuß 26 ₰. Tendenz: Die Auktion hatte normalen Besuch. Leichte Kalbfelle erlitten ca. 2—3 Prozent Abschlag, während schwere Kalbfelle mangels Gebote bezw. mangels genügender Gebote nicht abgegeben wurden. Bei Großviehhäuten verlief die Auktion in ziemlich flottem Tempo. In der Hauptsache blieb der Markt stabil mit geringen Schwankungen nach oben und unten. Leichte Häute blieben etwas schwächer, ebenso schwere Bullen, die einige Prozente nachgaben. Schaffelle waren ca. 10 Prozent schwächer. Auktion geschlossen. Nächste Auktion 13. November.

Karlsruhe, 14. Okt. (Viehmarkt.) Zugetrieben wurden 1824 Stück Vieh, darunter 79 Ochsen, 51 Bullen, 12 Kühe, 11 Färsen, 63 Kälber und 1560 Schweine. Bezahlt wurden pro Zentner Lebendgewicht für Ochsen 46—58, Bullen 43—50, Kühe 18—36, Färsen 48—62, Kälber 63—85, Schweine 71—80 Mark. Bestes Vieh wurde über Notiz bezahlt. Verlauf des Marktes: Bei Großvieh langsam, Ueberstand; bei Schweinen und Kälbern langsam, geräumt.

Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Preis erheben.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 16. Okt. Der Reichspräsident hat an Stelle des Senatspräsidenten Sarwey, der in den dauernden Ruhestand getreten ist, den Amtsgerichtspräsidenten Klöpfer beim Amtsgericht Stuttgart I zum Präsidenten der Reichsdisziplinarkammer in Stuttgart ernannt.

Stuttgart, 16. Okt. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Ministerialrat Dr. Löffler beim Kultministerium ist vom Staatsministerium auf Ersuchen des Reichsministeriums des Innern auf ein halbes Jahr zur Dienstleistung bei diesem Ministerium beurlaubt worden. Als sein Stellvertreter wurde Oberregierungsrat Dr. Lenze von der Ministerialabteilung für die höheren Schulen in das Kultministerium berufen.

Freiburg, 17. Okt. Die Polizeidirektion belegte den Reichstagsabgeordneten Jeder wegen groben Unfugs mit einer Geldbuße von 100 Mk. Jeder hatte in einer nationalsozialistischen Versammlung in Freiburg erklärt, der Youngplan sehe auch den Export von deutschen Männern und Frauen vor.

München, 16. Okt. Vor dem Schwurgericht München hatte sich der nationalsozialistische Schriftleiter Hermann Esser wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz zu verantworten. Der Beklagte hatte als Herausgeber des „Illustrierten Völkischen Beobachter" in einem Artikel und in einem Gedicht in verletzender Weise gegen das Parlament und die Reichsregierung Stellung genommen. Das Urteil lautete auf 300 Mk. Geldstrafe. Außerdem wurde die Unbrauchbarmachung der in Frage kommenden Ausgabe des „Illustrierten Völkischen Beobachter" angeordnet.

Barmen, 16. Oktober. Die polizeilichen Feststellungen zu den Sprengkapselfund haben ergeben, daß die Sprengkapseln schon Montag nachmittag 6½ Uhr auf der Oberen Lichtenplatzer Straße gelegen haben, ohne daß sie von den Vorübergehenden zunächst als solche erkannt wurden. Von der politischen Polizei wurden insgesamt 93 Sprengkapseln Nr. 8, 44 mm lang mit 7 mm Durchmesser sichergestellt. Es handelt sich um Sprengkapseln, die nicht nur für Handgranaten, sondern auch bei Bodensprengungen Verwendung finden. Die zur Zeit schwebenden umfangreichen Nachforschungen haben bereits auf eine Spur geführt, über die Näheres im Interesse der Ermittlungen noch nichts gesagt werden kann.

Bonn, 16. Okt. Die Versteigerung im Konkurs der Frau Jakobi wurde am Mittwoch fortgesetzt. Nachdem zunächst einige wertbedeutende Porzellane versteigert worden waren, kam das große Berliner Speiseservice von 24 Gedecken zum Angebot. Das Service besteht aus rund 400 Teilen. Es ist eine einmalige Anfertigung der Berliner Manufaktur nach einem Originalservice der Manufaktur unter Friedrich dem Großen. Es wurde 1883 dem damaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm von der Stadt Berlin zur Silbernen Hochzeit geschenkt. Vier verschiedene große Schüsseln sind noch Aquarelle von Adolf von Menzel gemalt. Das erste Angebot auf das Service lautete auf 5000 Mk. Es wurde schließlich zum Preise von 3000 Reichsmark von einem Berliner Privatmann erstanden.

Mörs (Niederrhein), 16. Okt. Am Mittwoch befaßte sich das hiesige Schöffengericht mit einem einzigartigen Erpressungsversuch. Am 1. September d. J. wurde vor der Wohnung des Generaldirektors Paulberg in Homburg ein Paket gefunden, in dem sich zwei Brieftauben befanden und ein Brief, der lautete: „Wir fordern Sie auf, diesen Tieren 5000 RM. mitzugeben, andernfalls können Sie Ihr Testament machen." Die Homburger Polizei ließ eine der Brieftauben aufsteigen und mit einem Flugzeug verfolgen. Die Taube ging in Hochheide auf dem Dach eines Bergmannshauses nieder. Die Polizei drang in das Haus ein, fand die Taube im Schlag und verhaftete die jungen Bergleute Wilhelm Greven (17 Jahre) und Bernhard Feldmann (18 Jahre). Die beiden Verhafteten gaben ihre Tätigkeit restlos zu. Bei der Gerichtsverhandlung wollten die beiden Angeklagten die Sache so darstellen, als hätten sie nur einen Scherz gemacht. Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Wegen versuchter Erpressung in Tateinheit mit Todesandrohung erhalten Greven acht Monate und Feldmann sieben Monate Gefängnis. Je ein Monat Untersuchungshaft wird auf die Strafe angerechnet.

Dresden, 16. Okt. Dem Landtag ist heute eine Regierungsvorlage zugegangen, durch die dem 9. November in Sachsen der Charakter als gesetzlicher Feiertag genommen werden soll. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Landtags, der am Dienstag nächster Woche zu seiner Herbsttagung zusammentritt, besteht Aussicht auf Annahme der Vorlage. Der 1. Mai dürfte weiter allgemeiner Feiertag in Sachsen bleiben, wenn auch ein deutschnationaler Antrag vorliegt, der diesen Feiertag beseitigen will.

Berlin, 16. Oktober. Der Rennstall und das Gestüt der Brüder Schlarek gelangt zur Auflösung. Obwohl die Pferde in den letzten Tagen noch einige Rennen gewonnen haben, will man alle unnötigen

Kinder der Berge.

41 Roman von Kat. Andrea Barel

An jenem Frühlingsabend hatte er Amely im Arm des jungen Menschen gesehen, ehe noch etwas von einer Verlobung verlautet war. Da hatte es ihm einen Stoß gegeben, und voll Schmerz und Bitternis hatte er denken müssen: „Armes, schlechtbehütetes, schlecht beratenes Kind."

Als er ihr aber jetzt in die Augen sah, da wußte er, daß sie sich selbst behütet hatte, daß nichts von der goldenen Heiterkeit, die dem reinen Quell ihres innersten Wesens entsprang, verdorben oder verloren gegangen war.

„Ich hörte, Sie wären mit ihm versprochen g'wesen, Fräulein Amely! War's nit wahr?"

„Das scho . . . Es war aber nimmer das Rechte. Wann der Herr Lehrer erlauben tuat, — daß i a weng mitgeh', will ich erzähl'n, wie alles g'kommen ist. 's ist halt a lang G'schicht."

Eine Weile führte der Weg sanft zur Höhe. Sie gingen Seite an Seite, und während Amely die Schleusen ihres Herzens öffnete, daß es ein Stürzen, Sprudeln und Rieseln von Worten und Empfindungen wurde, hörte der Lehrer schweigend zu. Alles, was sie sagte, erschien ihm wichtig. Denn diese junge Menschenseele, die seine Freude gewesen war, die er fürchtete, verloren zu haben, sollte ihm von neuem geschenkt werden. Als Amely ihre Beichte beendet hatte, sah sie ihn scheu von der Seite an. Es bedrückte sie, daß er noch immer stumm blieb. —

„Warum reden's nit? Herr Lehrer? Oder meinen's, i hätt' nen Weg fort. Einen Augenblick war es, als hätte sie vergessen, daß jemand an seiner Seite ging.

„Kennen's die Leut', Herr Lehrer?" fragte Amely betroffen von dem Gebaren der alten Frau.

„Ich hab amoal anen Buam, der beim Spielen im Bächl, da in der Näh', gefallen war, rausgeholt und auf die Beine gestellt. Er gehörte in eines dieser Häuser. Ein alter Mann, der auf dem Bankl vor der Tür saß, schimpfte hinter mir her. Er schien z' denken, ich hätt' 's Bürschl 'neingestoßen. Ich konnt ihm auch nix verständlich machen. Er war stocktaub."

Er hatte es munter und unbekümmert erzählt; aber Amely hörte etwas Schmerzliches in seiner Stimme nachklingen.

„Does war amoal granatig!" eiferte sie. „Und gratig war's alle Muattl auch. Auf a freundlich Wort g'hört a freundliche Gegenred'. Und gar wann a Mensch so viel guat is als der Herr Lehrer!"

Was vorhin durch seine Stimme gezittert hatte, stieg jetzt über sein Gesicht. Er wandte es dem Mädchen nicht zu, dennoch sah sie es, und es ging ihr tiefer als seine Worte. „Mein liebes Kind, der Beste und Heiligste von allen, die je auf Erden wandelten, hat das schwere Wort gesprochen: „Niemand ist gut." Was will es da sagen, wenn einer wie ich ein paar Hände voll Mitleid oder Freundlichkeit unter die Leute streut? Zum Gutwerden gehört ein fortlaufender Läuterungsprozeß und das Wachstum eines ganzen Lebens. Ich habe meins kaum zur Hälfte gelebt. — Leider sind mir ein paar Jahre davon verloren gegangen."

Amely horchte auf. Sollte das vielleicht heißen, es hätte seine Richtigkeit mit dem, was die Leute schwatzten?

Ebenso schnell, wie er gekommen war, schlug sie den

„O nein . . ."

Er lächelte sie an mit soviel Güte, daß es ihr warm um das Herz wurde.

„Nein!" wiederholte er und hielt ihr seine Hand hin. „Ich hab' halt denken müssen, wie gern ich doch dem Fräulein Amely meine Freundschaft an'gboten hätt'. A Freundschaft aber verschenkt man nit, wann's nit in das saubere Tüchel der Achtung eing'schlagen ist."

Mit beiden Händen schüttelte Amely seine Rechte.

„Topp, Herr Lehrer! Solch a Freundschaft kann i brauchen. Stolz werd ich auf sie sein. Und allemoal, wann die Unruh über mich kommt, daß i was erleben möcht', halt was Gewaltiges, was unnatürlich Schönes, werd' ich an Ihre Freundschaft denken."

Die Sonne hatte die Mittagshöhe erreicht.

Sie kamen durch eine kleine Ortschaft an der Tiroler Grenze, die nur aus drei bis vier Häusern bestand. Von der an begann der Weg zu steigen und wurde schmaler und steiler bis zur Zackenspitze. Vor der Tür des einen Hauses saß eine steinalte Frau mit einem kleinen Kinde im Schoße; sonst erschien alles wie ausgestorben. Die Jungen und Erwachsenen waren erst zur Messe und dann ins Wirtshaus gegangen.

„Grüaß Gott, die Großmutter!" rief Amely heiter.

Die Alte, deren Gesicht einer verschrumpften Pergamentmaske glich, nickte kaum merklich mit dem Kopfe; doch das Kind begann zu strampeln, als ob der freundliche Zuruf es aus der brütenden Stumpfheit des Alters und der Verlassenheit geweckt hätte.

Der Lehrer bückte sich zu der Greisin.

„Sein's ganz allein g'blieben, Großmutter?"

Er wollte dem Kinde das Köpfchen streicheln; aber die Alte glotzte ihn feindselig an und deckte das Kind mit ihrer Schürze zu.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Unterhaltungskosten sparen und so wurde die Zwangsversteigerung des gesamten Materials beschlossen. Die Auktion findet am 25. Oktober in Hoppegarten statt.

Berlin, 16. Okt. Die Verhandlungen zwischen den beteiligten Staaten über den Youngplan nehmen derartig viel Zeit in Anspruch, daß auch der bisher für den 19. November in Aussicht genommene Wiederzusammentritt des Reichstags sich verzögern wird. In parlamentarischen Kreisen rechnet man deshalb damit, daß der Reichstag frühestens am Dienstag den 26. November seine Sitzungen wieder aufnimmt, vorausgesetzt, daß bis dahin der Youngplan für die parlamentarische Behandlung reif ist.

Berlin, 17. Oktbr. Magistrat und Verwaltung der Stadtbank haben beschlossen, an Stelle des suspendierten Stadtbankdirektors Schmitt den Direktor Dr. Gehrke vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank) mit der Führung der Geschäfte des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes der Stadtbank zu betrauen. Dr. Gehrke wird zu diesem Zweck von der Deutschen Girozentrale beurlaubt.

Berlin, 16. Oktbr. Der Reichsausschuß erläßt einen Aufruf, in dem sich die Mitteilung findet: „Mit dem Aufruf des Reichsbanners werden sich die Gerichte zu beschäftigen haben".

Berlin, 16. Oktbr. In der 85. weltlichen Gemeinschaftsschule in der Andreasstraße ist es heute mittag zu einem großen Krawall gekommen, in dessen Verlauf Rektor und mehrere Lehrer von der kommunistisch eingestellten Elternschaft mißhandelt wurden. Ein Schülerstreik war schon gestern proklamiert worden. Die Schule ist von der Polizei gesperrt worden.

Berlin, 16. Okt. In der Mittwochsitzung des Strafrechts-Ausschusses des Reichstages wurde nach längerer Beratung der neue Paragraph 296 des Entwurfes, der dem Paragraphen 175 des zur Zeit geltenden Strafgesetzbuches entspricht, in der Abstimmung mit 15 gegen 13 Stimmen gestrichen. Für die Streichung stimmten die Kommunisten, die Sozialdemokraten, die Demokraten und der Abgeordnete Dr. Kahl von der Deutschen Volkspartei.

Prag, 16. Oktober. Der reichsdeutsche Staatsangehörige Oskar Gräschl ist heute nach elfwöchiger Untersuchungshaft mit Rücksicht darauf, daß sich die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen der Spionage als grundlos erwiesen haben, freigelassen worden. Er wurde lediglich wegen Ueberschreitung des Waffenpatentes mit einer kleinen Strafe belegt, da er ein Taschenmesser bei sich geführt hatte, das die gesetzlich zugelassene Grenze überschritt.

Wien, 16. Okt. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den sogenannten „Füllfederkönig" Winkler als Urheber der fingierten Selbstmordgeschichte vom Königssee Anklage wegen Irreführung der Behörden erhoben. Die Untersuchung wird vom Bezirksgericht Hofgastein geführt werden, bei dem gegen Winkler bereits ein Verfahren wegen Falschmeldung anhängig ist.

Pola, 16. Okt. In dem Prozeß vor dem Sondergerichtshof zum Schutze des Staates gegen Wladimir Gorton und vier andere Einwohner von Berma, die wegen Beteiligung an den Schießereien gegen Züge von Wählern, die sich aus der Gemeinde Trevisa zur Wahl nach Pisino begaben, angeklagt waren, wurde heute das Urteil gefällt. Gorton wurde zum Tode verurteilt, die vier übrigen Angeklagten erhielten je 30 Jahre Zuchthaus.

London, 16. Okt. Die Regierung hat heute abend den Vertretern der Bergarbeiter mitgeteilt, daß zu Beginn nächsten Jahres eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit der Bergarbeiter um eine halbe Stunde täglich ohne jede Lohnherabsetzung eingeführt werden soll.

London, 16. Okt. Wie Reuter erfährt, hat General v. Lettow-Vorbeck die Einladung zu einem Bankett angenommen, das Anfang Dezember in London zu Ehren aller Teilnehmer des ostafrikanischen Feldzuges veranstaltet werden wird. Smuts, der die britischen Streitkräfte befehligte, wird das Präsidium übernehmen.

London, 16. Okt. Die japanische Note, in der die Annahme der britischen Einladung zu einer Konferenz der fünf Seemächte enthalten ist, wurde heute nachmittag im Foreign Office überreicht.

Madrid, 16. Okt. Aus Las Palmas wird gemeldet, daß infolge einer Granatexplosion bei den Manövern eines Regiments von Las Palmas bei der Ortschaft Telde ein Leutnant und zwei Unteroffiziere getötet und sechs Soldaten schwer verletzt worden sind.

Moskau, 16. Okt. Der Telegraphenagentur der Sowjetunion wird aus Charbin gemeldet: Die 37 beim Ueberfall auf das Sowjetkonsulat in Charbin verhafteten Sowjetbürger sind in dem gegen sie eingeleiteten Verfahren von dem Gericht für schuldig befunden worden. Von 37 Angeklagten erhielten 5 Angeklagte 9 Jahre Gefängnis, die 21 7 Jahre Gefängnis, die übrigen Gefängnisstrafen zwischen 4 bis 5 Jahren. Der 38. Angeklagte, ein Chinese, wurde freigesprochen.

Aufruf der württembergischen Zentrumspartei gegen das Volksbegehren.

Stuttgart, 16. Okt. Die württembergische Zentrumspartei richtet aus Anlaß des Volksbegehrens an die Bevölkerung einen Aufruf, in dem ihre Anhänger in Stadt und Land aufgefordert werden, sich in die Einzeichnungsliste für das Volksbegehren nicht einzutragen und im gleichen Sinne unter der Bevölkerung zu wirken. Die Ablehnung des Youngplanes und die Annahme des dem Volksbegehren zugrunde liegenden Gesetzentwurfes würde zu einer Katastrophe führen, deren Ausgang niemand vorauszusehen vermag. Das in den letzten zehn Jahren mühsam und unter großen Opfern Erreichte würde mit einem Schlage zerstört, neues unabsehbares Elend über unser Volk herbeigeführt werden.

Die verschwundenen Millionen der Sklareks.

Heidenheim a. Br., 16. Okt. Daß die Sklareks versucht haben, einen Teil ihrer Gewinne oder ihrer erschwindelten Gelder durch Falschbuchungen auf die Seite zu bringen, wird durch weitere Nachrichten aus dem Reiche bestätigt. Die Falschbuchungen sind, wie in dem Fall Reichle in Tuttlingen bereits geschildert, derart vorgenommen worden, daß sie fingierte Ausgabebuchungen vornehmen ließen. Auf diese Weise sind bisher 20 Millionen verschwunden. Auch die Firma Gebr. Zöppritz in Heidenheim ist in den Büchern der Sklareks mit zwei Millionen bedacht worden. Wie man von der Firma erfährt, hat auch sie keinen einzigen Pfennig erhalten. Die Verbindlichkeiten der Sklareks an die Firma Zöppritz betragen in Wirklichkeit nicht ganz 100 000 Mark. Davon sind 90 000 Mark noch nicht bezahlt. Ein Teil dieses Betrages ist durch die Versicherung „Hermes" gedeckt.

Hindenburg über den Youngplan.

Berlin, 16. Okt. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat soeben an den Reichskanzler das nachstehende Schreiben gelangen lassen:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Mit steigendem Befremden habe ich die Wahrnehmung machen müssen, daß in dem Kampf um das Volksbegehren sowohl von dem Reichsausschuß für das Volksbegehren als auch von den das Volksbegehren bekämpfenden Parteien und Gruppen meine Person und meine mutmaßliche persönliche Meinung zur Frage des sogenannten Youngplanes in die Agitation hineingezogen wird. Von der einen Seite wird behauptet, daß ich ein Freund des Volksbegehrens wäre, und von der anderen Seite wird betont, daß ich mich für die Annahme des Youngplanes festgelegt hätte. **Demgegenüber stelle ich fest, daß ich niemandem die Ermächtigung erteilt oder sonst einen Anlaß gegeben habe, meine persönliche Meinung zu diesem Problem bekanntzugeben. Ich habe im Gegenteil stets betont, daß ich mir eine endgültige Stellungnahme zu dem Youngplan bis zu dem Zeitpunkt vorbehalte, in dem diese hochbedeutsame Frage zur Erledigung reif ist und nach Maßgabe der Artikel 70, 72 und 73 der Reichsverfassung zur Entscheidung über eine Verkündung oder eine Aussetzung der Verkündung verfassungsmäßig zustandegekommener Gesetzbeschlüsse an mich herantritt.** Hieran halte ich nach wie vor fest. Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, hiervon Kenntnis zu nehmen und das Vorstehende den im Kampf um das Volksbegehren beteiligten Parteien und Gruppen in der Ihnen geeigneten Weise zur Kenntnis zu geben. Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr ergebener von Hindenburg.

Die Reichsregierung erklärt hierzu: Die Reichsregierung erwartet, daß die an der Agitation für und gegen das Volksbegehren beteiligten Gruppen, vor allem der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren, die Person des Herrn Reichspräsidenten entsprechend seinem Wunsche nunmehr dem Meinungsstreit um die Gesetzesanträge für das deutsche Volksbegehren fernhalten. Wie in einigen Blättern behauptet wird, soll das Schreiben des Reichspräsidenten an den Kanzler u. a. auch durch den Umstand veranlaßt worden sein, daß der Reichsausschuß für das Volksbegehren einen Film herstellen lasse, in dem der Reichspräsident in den Mittelpunkt der Handlung gerückt wird mit der Tendenz, ihn als einen Befürworter des Volksbegehrens hinzustellen. Die Filmprüfungsstelle wird in den nächsten Tagen noch über diesen Film zu befinden haben.

Replik des Reichsausschusses für das Volksbegehren.

Berlin, 16. Okt. Das Präsidium des Reichsausschusses für das Volksbegehren, gezeichnet Seldte und Hugenberg, veröffentlicht seinerseits einen „Aufruf an das deutsche Volk", in dem nach einem Hinweis auf die Auslegung der Listen zur Einzeichnung für das Volksbegehren als Ziel desselben erklärt wird, es wolle verhindern, daß mit Annahme des Pariser Tributplanes unerfüllbare Wechsel unterschrieben würden. Es fordere, daß aus den jahrelangen Redekämpfen um die Kriegsschuldlüge, auf der das Versailler Diktat und alle Tributverpflichtungen ruhten, seitens der Regierung die politischen Folgerungen gezogen würden. Der Aufruf bezeichnet dann als Zweck des Volksbegehrens eine Abkehr von der Außenpolitik der letzten Jahre und ihre Ersetzung durch eine Außenpolitik, die, wie er sagt, dem deutschen Volke die „natürlichen Lebensgrundlagen der Freiheit, des Nahrungsspielraums und der vollen Selbstbestimmung" wiedergebe. Für den Abschluß schicksalsschwerer Verträge solle künftig das Handeln der entscheidenden Regierungsstellen unter besondere Verantwortlichkeit gestellt werden. Der Aufruf polemisiert dann dagegen, daß, wie er behauptet, in Regierungsaufrufen und Ministerreden die heutige Lage des deutschen Volkes und seine Aussichten unter dem Youngplan „in rosigen Farben" geschildert würden. Nach der rhetorischen Frage, ob die von allen gewünschte Befreiung der Rheinlande mit Opfern erkauft werden dürfe, die er als „Finanz- und Wirtschaftsversklavung des Gesamtvolkes" bezeichnet, meint der Aufruf, es wäre Pflicht der Regierung gewesen, in dieser Schicksalsfrage des gesamten Deutschtums ihrerseits zu einem Volksbegehren aufzurufen. Nach einer Polemik gegen die Heranziehung des Rundfunks für Vorträge gegen das Volksbegehren und weitere behördliche Schritte, wie z. B. die Auflösung des Stahlhelms im Rheinland und die amtlichen Aeußerungen zur Frage der Beteiligung von Beamten am Volksbegehren, bezeichnet der Aufruf schließlich die Eintragung in die Liste des Volksbegehrens als das „gesetzmäßige Mittel des Widerstandes gegen unerträgliche Zustände und Methoden der inneren und äußeren Politik."

Interpellationen der Deutschnationalen.

Berlin, 16. Okt. Im Reichstage hat die deutschnationale Fraktion folgende Interpellation eingebracht. Die von der Reichsregierung gegen das Volksbegehren und die hinter ihm stehenden Parteien und Verbände getriebene parteipolitische Propaganda erfordert offensichtlich einen großen Kostenaufwand. Ist die Reichsregierung bereit, Auskunft darüber zu geben, aus welchem Fonds sie diese Kosten bestreitet und auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen sie sich dazu berechtigt hält? — In einer weiteren Interpellation der deutschnationalen Reichstagsfraktion heißt es u. a.: Der Reichsminister der Finanzen hat vor wenigen Wochen die Mittel aus der wertschaffenden Erwerbslosenfürsorge für den Bau von Landarbeiterheimen gesperrt. Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen ist auch für die Hergabe von preußischen Mitteln zu diesem Zweck in gleicher Höhe keine Ausgabeberechtigung mehr gegeben. Die Folgen dieser Ausgabensperrung wirken sich katastrophal aus. Ist die Reichsregierung bereit, diese unheilvolle Sparmaßnahme des Reichsfinanzministers schleunigst aufzuheben? Gedenkt sie die durch die Sperrmaßnahme geschädigten Landarbeiter zu entschädigen?

Der Reichsminister des Innern an den Reichsausschuß für das Volksbegehren.

Berlin, 16. Okt. Der Reichsminister des Innern hat das an ihn gerichtete Schreiben des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren vom 14. Oktober 1929 folgendermaßen beantwortet: Die Reichsregierung ist bereit, die verfassungsmäßigen Rechte der Beamtenschaft vor jeder unzulässigen Beeinträchtigung zu bewahren. Nach der Rechtsprechung des Reichsdisziplinarhofes muß sich jedoch auch der Beamte bei der Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte innerhalb des gebotenen Anstandes und insbesondere der Strafgesetze halten. § 4 des Volksbegehrens überschreitet diese Grenze. Indem er die Tätigkeit von Reichspräsident und Reichsregierung als Landesverrat zu brandmarken sucht, enthält er eine Beschimpfung der höchsten Organe des Reiches. Die erdrückende Mehrheit der deutschen Beamtenschaft teilt übrigens die Rechtsüberzeugung der Reichsregierung, wie sich aus den dankenswerten Aufrufen der Beamtenorganisationen ergibt. Die Reichsregierung ist nicht in der Lage und nicht gewillt, Beamte, die durch Eintreten für diesen Paragraphen 4 des Volksbegehrens die verfassungsmäßigen Grenzen überschreiten, vor disziplinarischem Einschreiten der zuständigen Behörden zu schützen.

Dreißig Aktenbände über Sklarek.

Berlin, 16. Okt. Der Buchhalter Lehmann, der die Brüder Sklarek aufs schwerste belastet und im Gefängnis als Kriegsinvalide schwer erkrankt ist, ist in das Lazarett des Untersuchungsgefängnisses übergeführt worden, wo festgestellt werden soll, ob seine Krankheit eine Haftentlassung notwendig mache. Inzwischen gehen in der Sklarek-Affäre die Vernehmungen von Zeugen und Sachverständigen weiter. Der Berg der Akten, der sich inzwischen angehäuft hat, ist auf 30 Bände gestiegen. — Der Fall Sklarek hat einen Fall Schneider nach sich gezogen. Bürgermeister Schneider, der der Sozialdemokratischen Partei angehört, ist gestern vom Berliner Bezirksvorstand aus der Partei ausgeschlossen worden. Zuvor noch hatte Schneider seinen Austritt aus der Partei den zuständigen Stellen brieflich bekannt gegeben. Trotzdem faßte der Bezirksvorstand seinen Beschluß mit der Aufforderung an Schneider, sein Amt als Bürgermeister niederzulegen. Schneider erläßt nunmehr eine Erklärung, daß er nicht ausgeschlossen sei, sondern vorher seinen Austritt kundgegeben habe, daß also die Partei gar nicht in der Lage sei, ihn aufzufordern, sein Amt niederzulegen. Schneider, der vor einigen Tagen auf Urlaub gegangen war, hat auch tatsächlich heute morgen wieder seine Amtsgeschäfte übernommen und will heute nachmittag in der Bezirksversammlung erscheinen.

Mißtrauensantrag gegen Bürgermeister Schneider einstimmig angenommen.

... heit und insbesondere über das Verhalten des Bürgermeisters Schneider setzte sich in der Bezirksversammlung Berlin-Mitte bis 23 Uhr fort. Die Aussprache endete mit der einstimmigen Annahme eines von allen Parteien der Bezirksversammlung gemeinsam gestellten Antrags, in welchem Bürgermeister Schneider die Mißbilligung der Versammlung ausgesprochen wird, weil er sich geweigert habe, sich zu dem in der Versammlung und in der Oeffentlichkeit gegen ihn gerichteten Angriffen zu äußern. In der Versammlung Wedding kam es bei der Sklarekdebatte zu schweren Zusammenstößen als der Sozialist Ulrich, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, sprach. Der Redner wurde von einem kommunistischen Bezirksverordneten tätlich angegriffen. Das war das Signal für einige Tribünenbesucher, im Verein mit den kommunistischen Bezirksverordneten auf die Sozialdemokraten loszugehen. Durch das Werfen mit Stühlen wurden einige Lampen zertrümmert. Das Ueberfallkommando räumte den Saal.

Verzweiflungstat eines Kriegsbeschädigten.

Zu dem Selbstmord- und Mordversuch vor dem Reichsversorgungsgericht melden die Blätter noch folgende Einzelheiten: Der Schwerkriegsbeschädigte Ernst Blottka aus Lichterfelde-Ost hatte beim Reichsversorgungsgericht um Erhöhung seiner Rente geklagt, da sich sein Zustand in letzter Zeit sehr verschlimmert hatte und er seiner Arbeit nicht mehr nachgehen konnte. Heute vormittag stand vor dem Reichsversorgungsgerichte Termin an. Blottka hatte sein vierjähriges Töchterchen zu der Verhandlung mitgenommen. In der Verhandlung

Vermischtes.

Beim Kammerfensterln erstochen. In einer schönen Sommernacht an einem Julisonntag begab sich der 19jährige Gütlerssohn Georg Thalheimer aus Irsching, B.A. Pfaffenhofen, in etwas angeheitertem Zustand an das Kammerfenster eines Mädchens, das er seit längerer Zeit mit Liebesanträgen verfolgte. Dieses aber wollte von Thalheimer nichts wissen, da sie insgeheim die Braut des Landwirtssohns Hans Reichart war, der denn auch gerade bei seiner Liebsten war. Reichart fragte den Thalheimer, was er wolle, worauf dieser antwortete: „Paßt es dir vielleicht nicht?" Diese Frage gilt in der dortigen Gegend als Kampfruf. Und schnell waren die beiden Liebhaber in einem Ringen auf Leben und Tod. Thalheimer, der der Schwächere war, zog sein Messer und bearbeitete mit diesem seinen Gegner derart, daß er an den schweren Verletzungen andern Tags verstarb. Diese rohe Tat muß nun Thalheimer mit vier Jahren Gefängnis büßen.

Weil die Dreschmaschine nicht funktionierte. Der 60jährige Landwirt Albert Bogg in Oberwaldbach hatte eine Dreschmaschine, die aber nicht recht funktionierte. Darüber ärgerte sich Bogg derart, daß er auf den Scheunenboden stieg und sich erhängte.

Ein frecher Raubüberfall. In Neuburg überfiel der 22 Jahre alte Bürogehilfe Otto Nägele den Hauptlehrer a. D. Gebhard, bei dem er in Untermiete wohnte, in seinem Schlafzimmer. Er versuchte zunächst, ihn durch Faustschläge auf den Kopf zu betäuben, fesselte ihm die Hände und schnürte ihn dann an die Bettstelle. Unter der Drohung, er werde ihn umbringen, wenn er um Hilfe rufe, und sein Geld nicht herausgebe, lockte er dem alten Mann 1000 Mark in Banknoten heraus. Nach dem Ueberfall mietete der junge Räuber ein Auto und ging flüchtig.

Großfeuer im Frankfurter Hafen. In einer Lagerhalle der Pomosin-Werke im Osthafengelände entstand ein Großfeuer, das rasch die vier großen Lagerhallen erfaßte, die vollkommen niederbrannten. Das Feuer griff weiter auf die Lagerhalle einer Getreidefirma über, auf die Halle einer Mühlenhandlung und die Lagerhalle der Ein- und Verkaufsgesellschaft selbständiger Glasermeister Deutschlands. Die Holzschuppen, die zum Teil aus altem Gebälk bestanden, brannten vollkommen nieder. Es sind etwa 2000 Sack Mehl verbrannt, reiche Glasvorräte zerbarsten. Das Feuer konnte erst heute morgen vollkommen gelöscht werden. Der Schaden ist sehr groß.

Die eigene Tochter eingesperrt. Eine Frau im Eisacktal, die 56jährige Bäuerin Anna Amort im kleinen Dorf St. Andrä bei Brixen, hielt ihre Tochter vier Jahre lang gefangen; schlechter als ein Stück Vieh hatte es das Mädchen, das in den letzten Tagen von der Gendarmerie befreit worden war. Die Einzelheiten über diesen grauenhaften Vorfall sind nun bekannt, das bösartige Weib ist in Haft gesetzt, die Tochter im Spital. Was die Sicherheitsbehörden bisher zusammenzutragen vermochten, klingt wie ein schauerliches Märchen; der alte Mohr mochte es besser gehabt haben, als das blühende Geschöpf Hedwig Amort, vor vier Jahren noch ein hübsches, wohlgeratenes Mädchen, heute dem Tode verfallen. Im 20. Lebensjahr kam Hedwig Amort aus einem Institute in die Heimat St. Andrä bei Brixen zurück, ein aufgewecktes, hübsches Mädchen, gesund, wohlgeraten und von auffallend schönem Wuchse. Nach der Aussage und Verantwortung der Mutter hätte das Mädchen nach ihrer Heimkehr aus dem Institut in Bozen Neigung zu Liebschaften gezeigt, dem wollte sie vorbeugen, sie sperrte deshalb die 20jährige Tochter in ein kleines Zimmerchen im Hause, das nur ein winziges vergittertes Fenster hatte, und dieses blieb ständig verschlossen. Man konnte sich anfangs das plötzliche Verschwinden des Mädchens nicht erklären, die Mutter gab über Fragen nach dieser Richtung unbefriedigende und unwahre Auskünfte, also blieb der Aufenthalt des Mädchens ein Geheimnis, von dem nur die Mutter wußte. Vier Jahre lang blieb Hedwig Amort in diesem Kerker, ein Bettgestell mit dünner Strohlage bildete die Einrichtung, sonst befanden sich keine Gerätschaften oder Einrichtungsstücke in diesem Raum, in dem eine entartete Mutter ihr Kind gefangen hielt, und als man letzter Tage in das Haus eindrang und die Kammer aufsprengte, bot sich ein entsetzlicher Anblick dar. Auf der Strohschicht lag ein Wesen, das einmal einem Menschen ähnlich gesehen hatte, bloßfüßig, mit leichter, einfacher Kleidung, körperlich verfallen, entkräftet, apatisch und unfähig, die Vorgänge um sich zu erfassen. Ein schlecht gehaltener Stall sieht besser aus, zeigt mehr Reinlichkeit als dieses Loch, in dem ein junges Mädchen zu Tode gemartert worden ist, durch Unrat verpestete Luft, was sich erklären läßt, denn das Mädchen durfte vier Jahre lang den Raum nicht verlassen. Der Arzt stellte Tuberkulose fest, Zerrüttung des Nervensystems, eine Todkranke wurde aufgefunden, und wahrscheinlich wäre das nunmehr 25 Jahre alte Mädchen innerhalb kurzer Zeit der Mißhandlung erlegen. Vorläufig ist Hedwig Amort nicht imstande, die an sie gerichteten Fragen zu beantworten, körperliche Schwäche hindert sie daran, aber man weiß nun genug, das Rätsel ist gelöst, das dieses schreckliche Weib Anna Amort ihrer Umgebung aufgab.

Dampfer „Höchst" verlassen. Der bei Colombo auf Grund geratene deutsche Dampfer „Höchst" mußte vom Kapitän und der 38köpfigen Mannschaft verlassen werden, nachdem an Bord des Schiffes ein Brand ausgebrochen war, der zu

LANDKREIS CALW
Kreisarchiv Calw

wurde der Sachverhalt nochmals einer genauen Prüfung unterzogen und ein ärztliches Gutachten zur Verlesung gebracht. Nach kurzer Beratung wurde Klottka mit seiner Klage abgewiesen. In niedergedrückter Stimmung verließ der Kriegsbeschädigte mit seinem Kinde den Verhandlungsraum. Er eilte über die Straße zum Kanal und warf das Kind ins Wasser und stürzte sich dann selbst hinein. Ein junger Mann sprang den beiden nach und es gelang ihm, Vater und Kind zu retten.

Die Balkanfahrt des „Graf Zeppelin".

Berlin, 16. Okt. Die Schiffsleitung des „Graf Zeppelin" sendet an das W.T.B. folgendes Telegramm: 8½ Uhr Ortszeit Belgrad überflogen in zwei Schleifen. Postabwurf. Lebhaftes Treiben auf den Straßen. Jetzt Morawa ostwärts Richtung Nisch—Sofia. Stark dunstig, mäßig hohe Wolkendecke.

Sofia, 16. Okt. Die Blätternachricht, daß der „Graf Zeppelin" Sofia überfliegen werde, erregte bei der Bevölkerung das lebhafteste Interesse. Als er am Horizont erschien, begannen die Glocken der großen Newski-Kathedrale zu läuten und die Menge brach in unbeschreiblichen Jubel aus. An den Führer des Luftschiffes wurden viele Glückwunschdepeschen gerichtet. Nachdem das Luftschiff zwei Kreise um das königliche Schloß und um den Mittelpunkt der Stadt beschrieben hatte, fuhr es mit nördlichem Kurs weiter. Ein Flugzeuggeschwader gab ihm das Ehrengeleite.

Bukarest, 16. Okt. Prachtvolles Wetter begünstigt die Fahrt des „Graf Zeppelin" über Rumänien. Das Luftschiff erschien um 14.30 Uhr osteuropäischer Zeit über Bukarest. Drei rumänische Flugzeuge, die ihm eine weite Strecke entgegengeflogen waren, begleiteten es. „Graf Zeppelin" wurde mit Begeisterung begrüßt. Straßen und Hausdächer waren voll von Menschen. Nachdem das Luftschiff in geringer Höhe mehrere Schleifen über der Stadt gemacht hatte, verließ es Bukarest in der Richtung auf Kronstadt.

Budapest, 16. Okt. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" hat um 22 Uhr Budapest erreicht. Aus den öffentlichen Lokalen und den Privathäusern strömten große Menschenmengen auf die Straßen, um das Luftschiff zu begrüßen. „Graf Zeppelin" kreuzte kurze Zeit über der Stadt und flog dann in westlicher Richtung weiter.

Wien, 17. Okt. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" überflog um 1.05 Uhr bei wolkenlosem Himmel die Stadt Wien.

Stalin schwer erkrankt?

Berlin, 16. Okt. Wie die „Nachtausgabe" aus Riga meldet, soll nach dort umlaufenden Nachrichten der Generalsekretär der russischen kommunistischen Partei und eigentliche Machthaber in Rußland, Stalin, einen Nervenzusammenbruch erlitten haben und schwer krank in einem Privatsanatorium in dem 30 Meilen von Moskau entfernten Kurort Kortsj darniederliegen. Drei führende russische Psychiater behandeln den Kranken und haben ihm, wie verlautet, zwei Monate völlige Ruhe und Fernbleiben von allen Regierungsgeschäften verordnet. Ueber seinen Zustand gehen in Moskau die wildesten Gerüchte um.

Meuterei auf einem französischen Kriegsschiff in China.

Schanghai, 16. Okt. Auf dem französischen Kriegsschiff „Waldeck-Rousseau" das zurzeit in dem südchinesischen Hafen Amoy liegt, brach kürzlich wegen einer Disziplinstreitigkeit eine Meuterei aus, an der sich der größte Teil der Besatzung beteiligte. Da der Kommandant außerstande war, die Aufrührer in Schach zu halten, mußte er den amerikanischen Kreuzer „Pittsburg" funkentelegraphisch um Hilfe bitten. Die französischen Meuterer wurden dann von einer Abteilung amerikanischer Matrosen überwältigt. Zwei Rädelsführer wurden von einem sofort zusammengetretenen Kriegsgericht zum Tode verurteilt und auf dem Oberdeck des Schiffes aufgehängt. Der Zwischenfall wurde in Schanghai erst durch die Berichte der amerikanischen Matrosen bekannt.

Jeder Herr
Jeder Knabe
nur von
Ludwig Kahn
Westliche 2 · PFORZHEIM · Marktplatz
die Kleidung trage!

Bekanntmachung
betr. freiwillige Invalidenversicherung.

Nach dem Gesetz zur Aenderung der Reichsversicherungsordnung vom 29. März 1928 (RGBl. S. 117) ist für die **aus versicherungspflichtiger in versicherungsfreie Beschäftigung übertretenden Personen** ab 1. April 1929 die freiwillige Weiterversicherung wieder allgemein zugelassen.

Personen, die vor dem 1. April 1928 aus versicherungspflichtiger in versicherungsfreie Beschäftigung übergetreten sind, können, auch wenn sie die für die Erhaltung des Rechts auf Weiterversicherung erforderliche Verzichterklärung nach § 1242 c RVO. nicht oder nicht rechtzeitig abgegeben haben, **bis zum 31. Dezember 1929** für die Zeit bis zurück zum 1. Oktober 1923 **freiwillige Beiträge nachentrichten,** jedoch mit der **Einschränkung,** daß nach Eintritt vorübergehender oder dauernder Invalidität die Nachentrichtung nicht mehr erfolgen kann.

Nähere Auskunft erteilen das Versicherungsamt und die Ortsbehörden für die Arbeiterversicherung, welch letztere gleichzeitig auf die diesbezügliche Bekanntmachung der Landesversicherungsanstalt Württemberg vom 4. Oktober 1929 (A. Bl. S. 76) hingewiesen werden.

Neuenbürg, den 14. Oktober 1929.

Versicherungsamt:
Dr. Schmid, Regierungsrat.

Birkenfeld.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, Schulfreunde und Schulfreundinnen zu unserer am

Samstag den 19. Oktober 1929
stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Hotel z. „Schwarzwaldrand" in Birkenfeld freundlichst einzuladen und bitten, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Reinhold Stahl, Birkenfeld. — **Emilie Stumpp,** Birkenfeld.

Kirchgang Samstag mittag 12 Uhr in Birkenfeld.

Hier zu haben bei: **Eugen Köhler,** Friseur.

Unwiderruflich garantiert!
Ziehung 26. Oktober
Marbacher Geld-Lotterie
zugunsten der Restaurierung der **Alexander-Kirche**
2054 Geld-Gewinne
12500 M.
6000 M.
5000 M.
Los-Preis 1 Mk. Porto und Liste 30 Pfg. empfiehlt
Eberhard Fetzer, Stuttgart
Friedrichstr. 54, Postscheckk. Stuttgart 5813, sowie alle durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

Die bestbekannten, neuzeitlichen
Nähmaschinen
Haid & Neu, Karlsruhe, für alle Arbeiten, vor- und rückwärts, in allen Stilausführungen, mit Kasten oder versenkbar, bei angenehmer, geringer Teilzahlung empfiehlt vom Lager **Karl B. Kindl, mechan. Werkstätte, Gräfenhausen.** Reparaturen aller Nähmaschinen billigst und sachmännisch.

Darlehenskassenverein Birkenfeld.

Zu einem am **Freitag den 18. Oktober, abends 8 Uhr,** im Saal zur „Schönen Aussicht" stattfindenden

Vortrag über Schollenspareinrichtung

der **Landw. Genossenschafts-Zentralkasse Stuttgart** laden wir die hiesige Einwohnerschaft ein.

Die Schollenspareinrichtung gibt zu außerordentlich günstigen Bedingungen Tilgungsdarlehen zu An-, Um- und Neubauten, zum Erwerb von Grundeigentum und zur Ablösung von Hypotheken.

Ein Besuch des Vortrags ist empfehlenswert.

Kirchweih Herrenalb. Hotel „Sonne".

Sonntag den 20. Oktober, ab 15 Uhr,

Tanz.

Prima neuer Wein. **Preiswerte Abendkarte.**

Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein:
Frau Ottilie Gärtner.

Sie werden Ihre Freude an diesem flüssigen Edelwachs haben. — Allen Böden und Möbeln gibt
Bohnerleicht
Sauberkeit und Dauerglanz im Nu. — Zu haben in:
Neuenbürg: Karl Pfister; Dietlingen: Farben-Jost; Wildbad: R. Treiber; Calmbach: Drogerie Barth; Dobel: E. Haubensack; Herrenalb: C. Bechtle. Schömberg: Drogerie Eckstein.
Astroline-Gesellschaft m.b.H. Stuttgart

Neuenbürg—Zuffenhausen.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Samstag den 13. Oktober 1929
stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Bahnhof", Haltestelle Engelsbrand,

freundlichst einzuladen und bitten, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Albert Wecherle, Feinmechaniker, Sohn des Gottlob Wecherle, Oberstellwerkmeisters in Zuffenhausen.

Amalie Knöller, Tochter des Wilhelm Knöller, Weichenwärters in Neuenbürg.

Kirchgang 2 Uhr in Neuenbürg.

Forstamt Calmbach.
Forstmeisterrevier.

Wegsperre.

Der **Winkelskopfweg** ist vom 16. Oktober ab auf etwa 14 Tage **gesperrt.**

Neuenbürg.
Heute

im
Gasthaus zum „Adler".

Höfen a. Enz.
Freitag

Metzelsuppe
im
Gasthaus z. „Hirsch"
und ladet hierzu freundl. ein
G. Rapp.

Calmbach.
Heute und morgen

Metzelsuppe,
wozu höflichst einladet
Barth z. „Anker".

Bahnhof-Restauration Herrenalb.
Morgen Freitag

Schlachtpartie,
wozu freundlichst einladet
W. Boos.

Warnung

an die schönen Damen von Neuenbürg welche die große Lüge gemacht haben über meine Tochter Elsa. Sollte ich nochmals etwas hören, so werde ich dieselben gerichtlich belangen.

Friedrich Schmid, Gürtler.

Große Sendung frisch geschossene
Hasen
und
Rehe
Dieselben werden ganz und zerlegt zu **billigsten** Preisen abgegeben bei
Ernst Lindemann,
Feinkost u. Lebensmittel,
Neuenbürg (Württ.),
Telef. 191.

Neuenbürg.
Aufgeweckter
Junge,
der das Bäckerhandwerk gründlich erlernen will, für sofort gesucht.

Zu erfragen in der Enztälergeschäftsstelle.

Birkenfeld.
An der
Autofahrt nach Böblingen zur Zeppelin-Landung
können **noch einige Personen teilnehmen.**
Meldungen bis **Freitag abend** bei
Paul Riebel, Gärtner.

Gaistal-Herrenalb.
Warne
jedermann, meiner Frau Emma Koch etwa zu borgen, da ich für nichts aufkomme.
Jakob Koch.

Visiten-Karten
C. Meeh'sche Buchdruckerei.

Kirchweih-Inserate
erbitten wir uns rechtzeitig.
„Enztäler"-Geschäftsstelle.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw